

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 40 – Zukunft der Krankenhausfinanzierung

Dazu sagt die finanzpolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Monika Heinold:

Krankenhausfinanzierung – Dauerbrenner mit vielen Baustellen

Die Krankenhausfinanzierung ist ein komplexes Thema. Mehrfach hat sich der Landtag hiermit befasst: mit den Investitionskosten, mit den Fallpauschalen, mit der Vergütung und Arbeitszeitregelung von ÄrztInnen und Pflegepersonal. Jedes Thema für sich ist eine eigene Baustelle.

Der vorgelegte Bericht der Landesregierung bietet keine Lösung für die Zukunft der Krankenhausfinanzierung, aber er gibt in einigen Punkten Orientierung. Am Versorgungsauftrag der Länder kommt niemand vorbei. Doch dieser kann sich auf eine Rahmenplanung der Grundversorgung beschränken. Das ist sinnvoll.

Die Basiswerte der Fallpauschalen werden bis Ende 2009 je Bundesland auf einen einheitlichen Wert zusammen geführt. Was nach dieser Konvergenzphase kommt, ist nach wie vor unklar. Die durch einen Landtagsantrag von Grünen, FDP und SSW angeschobene Bundesratsinitiative für einheitliche Basisfallwerte in ganz Deutschland hat bislang zu keinem konkreten Ergebnis geführt. Wir erwarten, dass das Bundesgesundheitsministerium in seiner Anschlussgesetzgebung eine zweite Konvergenzphase ab 2010 vorsieht. Nur so können die unterschiedlichen Basisfallwerte der Länder zu einer bundesweit einheitlichen Vergütung angeglichen werden. Und nur das ist gerecht.

Die Investitionskostenfinanzierung ist eine millionenschwere Last, die Land und Kommunen zu schultern haben. Im Jahr 2002 hat der Landtag sich deshalb entschieden, auf eine Darlehensfinanzierung umzustellen. Dies hat zwar kurzfristig zu einer spürbaren Entlastung des Landeshaushaltes geführt. Nun stellt sich jedoch heraus, so der Landesrechnungshof, dass es insgesamt doch teurer werden wird. Nach Berechnungen des Gesundheitsministeriums wird der Schuldendienst bis zum Jahr 2017 auf satte 67,3 Millionen Euro anwachsen.

Deshalb plädiere ich dafür, dass der Finanzausschuss gründlich berät, ob das Land nicht doch wieder auf das alte System der direkten Landeszuschüsse umsteigt.

Die konsequenteste Lösung wäre sicherlich, die Investitionskosten in das Fallpauschalensystem zu integrieren. Aber diese so genannte monistische Finanzierung betrifft das Bundesrecht. Eine solche Entscheidung können wir nicht in Schleswig-Holstein treffen, da sind Bund und Krankenkassen gefragt. Und bis zu einer solchen Lösung ist es auch noch ein langer Weg. Ich denke, die im Bericht der Landesregierung geschätzten zehn bis 15 Jahre sind da noch eine optimistische Kalkulation.
